

impaktmagazin

IMPULSE UND BEITRÄGE AUS DER WÜBBEN STIFTUNG ZUR BILDUNG

Integration von Flüchtlingen in Kommunen

Übergangsgestaltung
Wille
Mut
Sportvereine
Out of the Box
Finanzielle Ressource
Engagement
Forschung
Lebensrealitätsbewusstsein
Kommunikation
Geld
Mittler
Strategie
Chancengleichheit
Diskriminierung verstehen
Querdenken
Kopf hoch
Heterogenitätsbezug
Gemeinsamkeit
Vernetzung
Politischer Wille
Haltung
Motivation
Allgemeinbildung
Bildungskoordinatoren
Bezugstransfer
Verständnis
Empathie
Individuelle Angebote
Willkommenskultur
Geduld
Kooperation
Datenerfassung
Zeit
Dokumentation
Familiennachzug
Respekt
Infrastrukturoptimierung
Ehrenamtliche
Vernetzung der Akteure
Case Management
Entwicklungskonferenz
Wohnraum
Willkommenslotsen
Sicherheitsgefühl
Kommunale Strategie
Partizipation
Zusammenarbeit
Selbstreflektion
Toleranz
Sprachbildung
Transparenz
Bürokratieabbau
Individuelle Begleitung
Offenheit
Perspektivenwechsel
Wirkungsorientierung
Bildung
Hoffnung
Bildungsangebote
Schulsozialarbeit

EDITORIAL

Integration junger Flüchtlinge in den Kommunen erfordert bedarfsgerechte Unterstützung

„Was ist falsch gelaufen?“ wird Aladin El-Mafaalani, Professor für Politische Soziologie, in einem Interview gefragt. Er wird angesprochen auf die Integration von Flüchtlingen in den Kommunen. Die vielleicht überraschende Antwort: „Ich finde, es ist gar nicht so viel komplett falsch gelaufen.“

Trotzdem gäbe es seiner Ansicht nach ein paar Sachen, die man besser machen sollte. Er nennt ein konkretes Beispiel: die gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen auf alle Kommunen. Das könne man schon machen. Allerdings müsse man vorher darauf achten, welche Kommunen schon Erfahrungen haben und welche nicht. Entsprechend hätte man sie dann unterstützen müssen. – Vorausschauend sei das nicht gewesen.

Die Kommunen waren und sind beim Thema Flüchtlinge in der Tat ganz unterschiedlich aufgestellt. Solche mit einer Bildungsstrategie, so die Erfahrung der Wübben Stiftung, konnten besser eigene Schwachstellen erkennen und schließen und Integrationsmaßnahmen frühzeitig starten. Viele andere haben aber erst mit den Flüchtlingen gemerkt, dass eine solche Strategie fehlt und hilfreich gewesen wäre. – Vorausschauend waren auch hier die wenigsten.

Mittlerweile ist zwar die Zuteilung auf und die Verteilung der Flüchtlinge in den Kommunen durch Bund und Länder geregelt worden. Bilder von Menschen aus allen Herrenländer, die mit ihren wenigen Habseligkeiten ohne jede Vorankündigung vor den Rathäusern abgestellt werden, sind damit weitestgehend verschwunden. Mit großem Engagement haben die Kommunen diese Zumutung bewältigt. Die eigentlichen Herausforderungen beginnen jedoch jetzt bei der Integration der Menschen.

Das Fatale aber ist, dass die große Politik auch diese Probleme vor den Toren der Rathäuser abstellt. Eine Bundes- oder Landesstrategie zur Integration, einen Master-Plan, an denen sich die Kommunen orientieren können, ist nicht erkennbar. Neben der Verteilung von Ressourcen ist aber eine politische Leitentscheidung, wie und mit welchen Schwerpunkten die Integration erfolgen soll, die eigentliche Aufgabe von Politik. Das zuversichtliche „Wir schaffen das“ hätte schon längst von einem inhaltlich definierten „So schaffen wir das“ aufgefangen werden müssen. Das ist es, was vor allem die Kommunen zurecht erwarten können.

Jedenfalls entspricht dies der Botschaft der über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die am 30. November 2017 aus ganz Deutschland zur Entwicklungskonferenz Integration nach Hamburg angereist waren. Die meisten von Ihnen als Verantwortliche der Kommunen für die Integration vor Ort.

Der Deutsche Städtetag und die Wübben Stiftung als Veranstalter haben zugesagt, diese Forderung ins Land zu tragen – auch mit diesem impaktmagazin. Darin finden Sie Eindrücke, Impulse und Themen der Konferenz wie auch Ansichten und Erkenntnisse von Professor El-Mafaalani.

Viel Freude beim Lesen.

Ihr



Dr. Markus Warnke
Geschäftsführer der Wübben Stiftung



MIT LANGEM ATEM GEMEINSAM ANS ZIEL

Auf der Entwicklungskonferenz „Integration von Flüchtlingen in Kommunen“ von Deutschem Städtetag und Wübben Stiftung am 30. November 2017 trafen sich mehr als 200 Menschen aus ganz Deutschland und tauschten sich über Bildungsprojekte und die gelungene Integration junger Zugewanderter aus. Und das an einem ganz außergewöhnlichen Ort.



Mehr als 200 Gäste verfolgten die Diskussion zwischen Dr. Markus Warnke (Wübben Stiftung), Thorsten Altenburg-Hack (Leiter des Amtes für Bildung, Hamburg), der Moderatorin Gisela Steinhauer und Klaus Herborn (Deutscher Städtetag, von links)

Im Foyer stehen alte zerschlissene Koffer. Darauf Tassen mit dampfendem Kaffee. Eine Frau schaut in eine Schiffskabine, eine Koje 2. Klasse, die noch so aussieht, als wäre das Bett gerade erst verlassen worden. Ein älterer Herr lehnt sich an einen mächtigen hölzernen Schreibtisch und beißt in seine Laugenbrezel. Neben ihm die schneeweiße Büste des freundlich dreinschauenden Albert Ballin. Im deutschen Kaiserreich Reeder, Diplomat, Geschäftsmann, Generaldirektor der Hapag-Reederei. Und Namenspatron des Auswanderermuseums Ballinstadt Hamburg. Der Ort, den sich der Deutsche Städtetag und die Wübben Stiftung für ihre Entwicklungskonferenz „Integration von Flüchtlingen in Kommunen“ ausgesucht haben. Ein 1.200 Quadratmeter großes Museum, komplett reserviert für eine einzige riesige Konferenz. Abgefahren, irgendwie. Und zugleich so naheliegend. Dass Menschen aus ganz Deutschland in einem Museum zusammenkommen, das die Geschichte der Migration – und damit auch der Integration – erzählt, um dann genau darüber zu reden: über ihre Arbeit mit Geflüchteten, ihr Engagement für sie, über ihre Chancen und die eigenen Herausforderungen, die vielen Menschen vor Ort zu integrieren. In der Ankunftsgesellschaft. In der Bildungslandschaft. Und auf dem Arbeitsmarkt.

Mehr als 200 Gäste sind es. Sie kommen aus kleinen und großen Städten. Aus Landkreisen und Gemeinden. Aus Ost und West. Aus Nord und Süd. Sie alle sind an der Arbeit mit

jungen Geflüchteten beteiligt. Ob als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Kommune, als freiwillig Engagierte oder als wissenschaftlich Interessierte. Einige von ihnen sind bereits Teil des Kernprogramms *impakt integration*, mit dem die Wübben Stiftung 2016 den Grundstein für ihr operatives Engagement im Themenfeld „berufliche Integration jugendlicher Neuzugewanderter“ legte und durch das kommunale Bildungsstrategien entwickelt werden sollen. Einige bereits erfolgreiche Beispiele wollen Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen im Laufe der Entwicklungskonferenz in Form von Workshops vorstellen.

Außerdem ist als Wissenschaftler der bislang in Münster lehrende Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani auf dem von der Journalistin Gisela Steinhauer (WDR, Deutschlandfunk Kultur) moderierten Podium. Neben ihm Klaus Hebborn, Beigeordneter des Deutschen Städtetags und dort Leiter des Dezernates Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung, Hamburgs Leiter des Amtes für Bildung, Thorsten Altenburg-Hack, Michael Stenger, Gründer der „SchlaU-Schule“ und Vorstandsvorsitzender des Trägerkreises Junge Flüchtliche e.V. und Dr. Markus Warnke, seit Juni 2013 Geschäftsführer der Wübben Stiftung.

„Nutzen Sie diesen einmaligen Ort, um sich über ihre Arbeit auszutauschen“, sagt Thorsten Altenburg-Hack dem sich gerade setzenden Publikum, und weist von der Bühne auf die lichtdurchflutete Halle. Sie ist nur eines von insgesamt



Das Auswanderermuseum Ballinstadt in Hamburg

drei Gebäuden auf der Hamburger Elbinsel Veddel. Originalgetreue Nachbauten der 1901 von Albert Ballin gebauten Auswandererhallen, in denen Menschen vor ihrer Abreise in die „Neue Welt“ untergebracht wurden, um überprüft und für zwei Wochen in Quarantäne gelegt zu werden. Heute wird in den Gebäuden die Ein- und Auswanderergeschichte vom 16. Jahrhundert bis heute am Beispiel von vier Epochen erzählt: „Neue Ufer“ (16. bis 19. Jahrhundert), „Das lange 19. Jahrhundert“, „Die großen Kriege des 20. Jahrhunderts“ und „Welt im Wandel“ (nach 1945). „Es ist ein sehr besonderes Museum, in dem wir uns hier befinden“, ergänzt Altenburg-Hack. „Vielleicht haben Sie es beim Ankommen schon gesehen. Es hat ja sehr viel mit unserem Thema zu tun.“

Und dann beginnt er zu erzählen. Über das Heute. Über die vielen Geflüchteten, die vor zwei Jahren nach Deutschland kamen. Viele von ihnen nach Hamburg. „Wir haben ja nicht damit rechnen können, dass so viele Menschen in so kurzer Zeit hier in unsere Stadt kommen. Wir haben gerne alle aufgenommen. Und dann haben wir gemeinsam geschaut, wie wir es schaffen können – und zwar alle: Behörden, Freiwillige, Hauptberufliche. Darauf sind wir stolz.“ Lehrkräfte seien umgehend eingestellt worden, erzählt Altenburg-Hack, gleich in den Unterkünften sei unterrichtet worden. „Wir haben es geschafft, trotz des normalen Arbeitsmodus und trotz einer wachsenden Stadt, die ja schon Herausforderung genug ist, diese Menschen zu Bürgern unserer Stadt zu machen.“

Bei allen Zweifeln, allen Zwischenfällen und Stimmungskrisen, sei man bundesweit schon weit gekommen, ganz besonders was die öffentliche Verwaltung betrifft, ergänzt Klaus Hebborn: „Unsere Mitglieder haben es geschafft,

diese Menschen, die ja sehr kurzfristig in den Kommunen angekommen sind, aufzunehmen, und viele von ihnen zu integrieren. Da bekam manch ein Bürgermeister einen Anruf, in drei Stunden komme ein Bus mit 89 Leuten, die untergebracht werden müssen. Das hat funktioniert – auch Dank eines großartigen zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements.“ Trotzdem werde in der Öffentlichkeit vor allem über die negativen Dinge geredet, über Ausschreitungen, Kriminalität, missglückte Integration. Auch das sei Realität, über die man jedoch nicht vergessen dürfe, was in den Kommunen alles bewerkstelligt worden sei. „Für die Kommunen fing ja die Integration 2016/17 eigentlich erst richtig an, nachdem die Basics wie Unterbringung und Versorgung geregelt waren. Das ist keine Sache, die in ein oder zwei Jahren erledigt wird, sondern es ist ein Prozess. Man braucht dafür einen langen Atem. Und ich denke, Sie und Ihre Kommunen haben diesen langen Atem.“

PARTNER DER KOMMUNEN

Doch was braucht es eigentlich, damit Integration gelingt? Mit Hilfe eines Mentimeters, einem Umfrage-Tool, über das die Teilnehmer via Smartphone ihre Antworten in Echtzeit veröffentlichen können, sollen alle Anwesenden ihre Meinung dazu sagen. Die Begriffe werden an die Wand projiziert. „Bildung“ steht da gleich zu Beginn – ganz fett. Außerdem Engagement und Sprache. Dr. Markus Warnke, Geschäftsführer der Wübben Stiftung, lädt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu ein, im Laufe des Kongresstages ihre Eindrücke und Antworten auf die Frage im Mentimeter weiter zu nennen. Auf dem Weg zum Ziel versteht sich die





Nutzen Sie diesen einmaligen Ort, er hat viel mit unserem Thema zu tun.“

Thorsten Altenburg-Hack



Spiegel der Gedanken: das Mentimeter

Wübben Stiftung als Partner der Kommunen, die deren Bildungsprojekte unterstützt und begleitet, zugleich aber auch für Vernetzung und Austausch sorgt. „Für uns ist es wichtig, dass am Ende, wenn wir mit der Finanzierung und Unterstützung fertig sind, etwas nachhaltig bleibt“, erklärt Dr. Markus Warnke. „Die Stiftung ist mit knapp fünf Jahren noch recht jung. Wir haben Förderperioden, die immer zwischen drei und fünf Jahren sind. Insofern kann ich noch gar nicht sagen, was passiert, wenn ein Projekt ausläuft. Aber in meiner idealen Vorstellung sind die Projekte so erfolgreich und die Städte so davon überzeugt, dass die Projekte auch ohne uns weitergehen.“ Und ans Publikum gerichtet: „Wir machen uns zu Ihren Verbündeten. Haben Sie Mut!“



Migration ist kein Phänomen der Gegenwart

EXPERTENWISSEN

Bevor es dann in die Workshops geht, steht Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani auf der Bühne und hält seinen Vortrag (siehe Rede Seite 12 und Interview Seite 20). Leidenschaftlich und rasant. Und auf eine Art und Weise, dass die Zuhörer danach vor allem eines wollen: Ihm von ihren eigenen Erfahrungen berichten und Fragen stellen. „Ich bin extra aus Süddeutschland angereist, weil ich ihn hören wollte“, erzählt eine Frau später. Eine andere meldet sich gleich nach dem Vortrag:



Integration ist ein Prozess. Man braucht dafür einen langen Atem.“

Klaus Hebborn

„Ich koordiniere die Integration in der Stadt Wedel bei Hamburg und finde, da ich selbst einen Migrationshintergrund habe, den Begriff des Konservierens sehr spannend. Sie sagten, dass Flüchtlinge, dass Migranten mit einer sehr hohen Motivation auswandern. Gibt es Messungen, wie lange diese Motivation andauert? Ich bin nämlich der Meinung, dass es Dinge wie Behördengänge oder Perspektivlosigkeit gibt, die diese Motivation schwächen, vielleicht sogar auslöschen.“ El-Mafaalani nickt: „Die schlechte Nachricht ist: Wenn man hochmotiviert ankommt, dann warten muss und nicht weiß, wie lange man gar nichts machen kann, ist das Risiko groß, dass aus einer hohen Motivation eine Resignation, ja vielleicht sogar eine Aggression wird. Das würde jedem von uns so ergehen. Was aber spannend ist: Wenn in den Migrantenfamilien die Eltern resigniert haben, sinken nicht deren Erwartungen und Hoffnungen an den möglichen Erfolg ihrer Kinder. Ganz im Gegenteil zu Einheimischen: Wenn sie resigniert haben, übertragen sie diese Resignation tendenziell stärker auf ihre Kinder als Migrantinnen und Migranten. Bei Migranten gibt es immer noch Plan B: „Wenn ich schon gescheitert bin – meine Kinder können es noch schaffen. Und dann hat es sich auch gelohnt.“

Wie aber verhält man sich richtig, wenn man als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter einer Kommune oder als Ehrenamtlerin oder Ehrenamtler in eine Migrantenfamilie geht? Diese Frage wird nicht nur dem Professor nach seiner Rede gestellt, sie ist auch später in den Workshops immer wieder ein wichtiges Thema, das fast jeder kennt. „Wissenschaftlich gesehen, sind die Loyalitätserwartungen ein Problem. Sie können bremsen“, beschreibt es Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani. „Eltern, die das Gefühl haben, dass Professionelle ihnen das Kind, wenn auch

gut gemeint, wegnehmen wollen, fangen noch stärker an zu ziehen. Also steigert man deren Loyalitätserwartung, wenn man mit Eltern zu unsensibel arbeitet.“

ERKENNTNISGEWINN IN DEN WORKSHOPS

Danach löst sich das Podium auf. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gehen in ihre Workshops. Gleich im Eingangsbereich sammeln sich Yesim Celik, Fachbereichsleiterin für Soziale Dienste, und Barbara Willhauk-Wilken, Abteilungsleiterin Jugend und Integration der Stadt Garbsen (Niedersachsen) und berichten über das Thema „Integration als städtische Gesamtstrategie“. Nadine Haßlöwer vom Institut





In insgesamt zehn Workshops tauschten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über unterschiedliche Themen aus, lernten von einander und knüpften Kontakte

für soziale Innovation, die den Workshop moderiert, fragt in die Runde der Teilnehmer, wer aus dem Bereich Verwaltung kommt, wer aus der Politik und wer aus dem Bereich Zivilgesellschaft. Bei Verwaltung gehen rund Zweidrittel der Hände hoch. Eine für alle rund 200 Gäste repräsentative Zahl. Mehr als 900 Geflüchtete sind in den vergangenen zwei Jahren nach Garbsen gekommen, darunter rund 200 Kinder. Um gleich entsprechend vernetzt zu sein, erarbeite die Stadt einen Masterplan, um von Beginn an eine städtische Gesamtstrategie zu entwickeln.

Ein Gebäude weiter stapfen Teilnehmer des Workshops „Keine oder geringe Schulbildung – Was passiert nach der Berufsschulpflicht?“ die Treppe zum Oberdeck hinauf. Alles wirkt wie ein großes Schiff. Ein Schiff, das Fahrt aufnimmt. Genau wie die Stadt Cottbus mit ihrem Modellversuch, mit dem sowohl schulische als auch praktische Erfolge junger Menschen gefördert werden sollen. „Jeder wird gebraucht. Niemand darf verloren gehen“ steht auf einer Tafel, neben der Stefanie Kaygusuz-Schurmann, Koordinatorin Asyl, und Berndt Weiße, ehemaliger Dezernent Jugend, Kultur, Schule, Sport, Soziales und Gesundheit der Stadt Cottbus stehen und erklären, dass sie Menschen gefunden haben, „die Lust auf die Zielgruppe und die Themen hatten. Wir konnten losle-

gen mit den Ressourcen, die wir hatten.“ Mit im Boot waren unter anderem eine Freiwilligenagentur, die örtliche VHS und die Schule des Zweiten Bildungsweges (SZBW).

Im Raum dahinter stellt Katrin Hunke vom Bildungsbüro der Stadt Wolfsburg im Workshop „Angebote für junge Frauen“ Wege vor, speziell junge Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Sie erzählt unter anderem von Stadtteilmüttern, die speziell zertifiziert sind und als Multiplikatoren arbeiten und beantwortet Fragen, unter anderem nach dem Umgang mit den Elternhäusern junger muslimischer Frauen. Und im Workshop „Der SchlaUe Weg“ erklären Anja Kittlitz, Leiterin der SchlaU-Werkstatt für Migrationspädagogik in München und Estelle Lauvergne, Leiterin des SchlaU Übergang Schule-Beruf in München, wie die Erfahrungen der SchlaU-Schule (siehe Porträt Seite 33) seit einigen Monaten allen Menschen zugänglich gemacht werden.

Inspirierend sind bei all dem nicht nur die Themen an sich. Auch die Räume, in denen die Workshops stattfinden, regen zum Nachdenken an. Sie erzählen Geschichten von Menschen, die in den vergangenen Jahrhunderten aus- und eingewandert sind. Sie zeichnen ihre Wege nach, erzählen von ihren Träumen und zeigen die Realität. Auf den Böden



**Wir machen uns
zu Ihren Verbündeten.
Haben Sie Mut!“**

Dr. Markus Warnke

Neue Sichtweisen ergaben sich in den Workshops
und während der Diskussionen auf dem Podium



und an den Wänden stehen Zitate wie „Sind Träume zeitlos?“ oder Fakten wie „Nur vier Prozent aller Sprachen kommen aus Europa“. Historische Zeugnisse wie Kisten und Koffer, Kutschen und alte Pritschen kann man berühren. Es gibt Filme, Wandtafeln, Bilder. Ein Museum für alle Sinne.

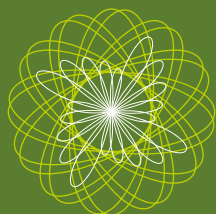
Die Workshops erstrecken sich über den ganzen Tag. Zehn sind es insgesamt. Und überall findet ein reger Austausch statt. Aber auch die Erkenntnis: Was in der einen Kommune funktioniert, muss nicht unbedingt auch auf alle übertragbar sein. „Ich habe in dem einen Workshop spannende Fragen gehört, die in einem anderen beantwortet werden“, sagt Michael Stenger, der immer mal wieder in unterschiedliche Workshops hineinhörte, später. Und Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani, der ebenfalls von Raum zu Raum gegangen war und den Gesprächen folgte, erklärt: „Es ist faszinierend zu sehen, dass es eigentlich immer darum geht, wie man gute Netzwerke schafft und dann gemeinsam versucht, den Rahmen des legalen und legitimen zu dehnen, um auch mal unkonventionelle Entscheidungen zu treffen.“ Wo das gelungen sei, seien die größten Erfolge möglich gewesen: „Am eindrucksvollsten fand ich den Workshop ‚Und noch ein Programm‘ der Stadt Emden, in der gezeigt wurde, wie man die vielen speziell für Kommunen aufgelegten Programme wirklich sinnvoll nutzen kann. Da hat man gesehen, dass vor allem deshalb unglaublich viel geklappt hat, weil die Verantwortlichen aus drei Disziplinen kamen: ein Jurist, ein Sozialarbeiter und ein Ökonom. Sie alle drei haben aus ihren jewei-

ligen Perspektiven miteinander gerungen, hatten aber ein gemeinsames Ziel: Sie wollten etwas verändern. Dank ihrer Expertise und guten Vernetzung hat das gut geklappt, weil sie eben auch mal unkonventionelle Wege gegangen sind.“

NEUE WEGE GEHEN

Das allerdings braucht Mut. Und auch um den ging es immer wieder. Nicht zu zögerlich sein. Sich und anderen etwas zutrauen. Dazu ruft Dr. Markus Warnke am Ende der Veranstaltung alle Teilnehmer auf und resümiert aus den Workshops: „Besonders diskutiert wurden in den Workshops alle Dinge, die mit einer Strategieentwicklung zu tun haben. Genau so eine Gesamtstrategie suchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen. Sowohl als Orientierung vor Ort, aber auch mit dem Wunsch, dass auch Land und Bund einen Masterplan haben, der zur kommunalen Strategie passt.“

Und dann, bevor alle mit neuen Kontakten, Ideen und aufgetankt mit Motivation den Ort verlassen, der für einen Tag lang Vergangenheit und Zukunft der Integration zugleich war, werden die finalen Ergebnisse des Mentimeters noch ein letztes Mal an die Wand geworfen. Und da hat sich seit dem Morgen so einiges verändert. Neben Bildung sind jetzt drei andere Begriffe groß in den Vordergrund getreten: Vernetzung, Kooperation – und vor allem: Mut!



impakt
integration

BEDARFSORIENTIERTE UNTERSTÜTZUNG MIT IMPAKT INTEGRATION

Mit **impakt integration** hat die Wübben Stiftung ein Programm zur Unterstützung von Kommunen bei der beruflichen Integration von jungen Neuzugewanderten konzipiert und initialisiert.

Ziel des Programms ist es, den kommunalen Verantwortungsträgern so viel Unterstützung und Begleitung zu bieten, dass sie ihre Bildungsstrategien noch besser auf mehr Bildungs- und Teilhabechancen für Neuzugewanderte ausrichten können.

impakt integration setzt auf die Motivation, Ideen und Konzepte der 15 teilnehmenden Kommunen aus vier verschiedenen Bundesländern, die mit Hilfe einer eigenen Bildungsstrategie die Integration jugendlicher Neuzugewanderte erfolgreich gestalten wollen. Dazu gehen diese ihre allgemeinen und die standortspezifischen Herausforderungen an.

Um eine entsprechende Strategie nachhaltig und wirkungsorientiert aufsetzen zu können, braucht jede Kommune einen Prozess, der auf die spezifischen Belange vor Ort ausgerichtet ist.

Dafür bietet das Programm einen Rahmen, den die Kommunen entsprechend der eigenen Bedarfe nutzen und gestalten können. Doppelstrukturen sollen vermieden, Synergien genutzt werden.

Ein Teil der Ansätze, die auf der Entwicklungskonferenz „Integration von Flüchtlingen in Kommunen“ präsentiert wurden, sind im Rahmen dieser Programmarbeit entstanden.

STADT

Wie regionale Bedingungen die Bildungschancen
geflüchteter Kinder und Jugendlicher beeinflussen.

LAND

SCHLUSS?



Autor: Dr. Thomas Orthmann

In Deutschland leben über 200.000 schulpflichtige Flüchtlingskinder, verteilt auf die einzelnen Bundesländer und Regionen. Was für einen Einfluss hat das auf ihre individuellen Bildungschancen? Macht es z. B. einen Unterschied, ob ein Flüchtling auf dem Land oder in einer Großstadt zur Schule geht? Gibt es Orte, an denen Integration und Bildung besser bzw. schlechter gelingen? Welchen Anteil hat Kommune an der Bildungsteilhabe junger Migranten? Sozialwissenschaftler Prof. Aladin El-Mafaalani von der Fachhochschule Münster hat sich mit diesen Fragen beschäftigt. Der folgende Beitrag liefert seine entsprechenden Erkenntnisse aus der Bildungs- und Migrationsforschung, wie er sie im November 2017 auf der Entwicklungskonferenz „Integration von Flüchtlingen in Kommunen“ der Wübben Stiftung präsentiert hat.

Schule muss vieles bewältigen. Themen wie Heterogenität, Inklusion, Ganztagsgestaltung, verkürzte Oberstufe oder Digitalisierung in der Bildung halten Lehrkräfte und Schulleitungen auf Trab. Die derzeit wohl größte Herausforderung aber kommt aus fremden Ländern und fernen Orten: Es sind geflüchtete Kinder und Jugendliche. Der deutschen Sprache nicht mächtig, vielfach traumatisiert und unter erschwerten Wohn- und Lebensbedingungen sollen sie Schreiben, Rechnen und Lesen lernen – oder sich gleich schon mit Zellbiologie und zeitgenössischer Literatur beschäftigen. Dabei treffen sie auf ein Bildungssystem, das nur unzureichend auf sie vorbereitet ist. Den meisten Schulen fehlt es an Räumlichkeiten, (sonder)pädagogischem Personal, geeigneten Unterstützungs- und Lernmaterialien sowie an Fortbildungsmöglichkeiten für ihre Lehrkräfte.

Die Bildungseinrichtungen sind jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen stehen die Kommunen. Sie sind verantwortlich dafür, wie geflüchtete Schüler empfangen, begleitet, versorgt und beschult werden. Regionale Strukturen setzen den Rahmen für die Lebens- und Bildungschancen der ausländischen Kinder und Jugendlichen. Und wer meint, in seiner Kommune wäre in Sachen Bildungserfolg alles ganz prima, der hat vielleicht nur noch nicht mit dem richtigen Maßstab gemessen. Gerade bei der Bildungsteilhabe von Migranten werden nämlich häufig Äpfel mit Birnen verglichen. Sich z. B. als Großstadt mit einer ländlichen Kommune zu messen, ist ein grundfalscher Ansatz. Doch dazu später mehr.

Migration bedeutet hohen biographischen Stress. Es droht der Verlust der eigenen Identität.

KEINE DATEN – KAUM ERKENNTNISSE

Zunächst einmal gibt es Fakten, die jeder kennen sollte, der sich professionell mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen beschäftigt. Allem voran sprechen wir hier von einer kommunal- und bildungspolitisch überaus relevanten – weil großen – Gruppe. Zwei Drittel der mehr als 300.000 minderjährigen Flüchtlinge in Deutschland sind über sechs Jahre alt und damit im schulpflichtigen Alter (Stand 2016). Allein in Nordrhein-Westfalen leben mehr als 25.000 schulpflichtige Flüchtlinge – unbegleitet reisende Minderjährige nicht eingerechnet. Setzt man eine durchschnittliche Klassengröße von 25 Schülern an, würden schon die Flüchtlingskinder mehr als 1.000 Schulklassen füllen. Und das nur in NRW.



Allein in NRW leben mehr als 25.000 schulpflichtige Flüchtlingskinder.

Da wundert es sehr, dass bisher kaum Erkenntnisse zur Bildungsteilnahme geflüchteter Schüler vorliegen. Der Grund dafür ist ebenso profan wie kritikwürdig: In der amtlichen Schulstatistik fehlen schlichtweg die dafür notwendigen Informationen. Die in den einzelnen Bundesländern erhobenen Schülerdaten geben über vieles Auskunft, nicht aber über einen möglichen Flüchtlingsstatus. Der Anteil geflüchteter Schüler in deutschen Klassen lässt sich bisher nur näherungsweise über die Staatsangehörigkeit bestimmen.

Sozialwissenschaftler Aladin El-Mafaalani hat genau das getan und festgestellt, dass zwischen Flüchtlingskindern und deutschen Schülern große Bildungsunterschiede bestehen – allerdings auch zwischen den einzelnen Nationalitäten der Migranten. Zunächst einmal besuchen ausländische Kinder und Jugendliche in Deutschland grundsätzlich seltener das Gymnasium als deutsche Schüler. Im Fall einiger Herkunftsländer ist der Unterschied besonders groß. Während zum Beispiel im Jahr 2014 knapp 43 Prozent der deutschen Kinder und Jugendlichen ein Gymnasium besucht haben, waren es unter den libanesischen nicht einmal 9 Prozent. Demgegenüber besuchten im selben Jahr fast 60 Prozent der vietnamesischen Kinder ein Gymnasium.

MIGRATION VERSTEHEN

Wer die Bildungschancen von Migranten verbessern will, der muss Migration verstehen. Uns Deutschen, die in ihrem Leben durchschnittlich 4,5 Mal umziehen und dabei höchstens das Bundesland wechseln, ist kaum bewusst, mit was für einem hohen biographischen Stress Migration verbunden ist – Stress, der über Jahre oder Jahrzehnte anhalten kann. Das gilt für Kriegsflüchtlinge, aber auch für Arbeitsmigranten. „Wer seine Heimat verlässt, der wechselt nicht einfach nur seinen Wohnort“, sagt Aladin El-Mafaalani. „Er verlässt auch den Ort, an dem seine Sprache gesprochen wird, an dem er sozial vernetzt ist und an dem er einen gesellschaftlichen Status hatte.“ Sprache, soziale Vernetzung und persönlicher Status sind drei identitätsstiftende Säulen, die durch Flucht und Auswanderung unmittelbar bedroht sind. Deswegen führt Migration fast zwangsläufig zu einer identitären Instabilität oder tiefgreifenden Krise.

Um den Verlust der eigenen Identität zu begrenzen, werden Migranten nach Verlassen ihrer Heimat konservativer. Wissenschaftler beobachten dieses Phänomen auf der ganzen Welt. Migranten geraten fast erdrutschartig in eine persönliche Identitätskrise. Als Folge konservieren sie alles, was für sie noch identitätsstiftend ist – wie eben die eigene Sprache, die eigene Kultur und die eigene Tradition. Zugleich entwickeln sie aber auch eine extrem hohe Motivation, sich an das neue Leben anzupassen und im neuen Land erfolgreich zu sein. Besonders die erste Migrantengeneration ist überdurchschnittlich motiviert.

Die zweite Generation hat es jedoch nicht leichter. Im Gegenteil: Sie steckt im selben Widerspruch zwischen Anpassung an das neue Land und Loyalität zur ursprünglichen Heimat. Zusätzlich werden ihr noch die unerfüllten Hoffnungen und Erwartungen der Elterngeneration aufgebürdet. Von diesem Dilemma berichten bereits Kinder im Grundschulalter. „Du sollst einmal schaffen, was wir nicht geschafft haben“ und „Werde erfolgreich, aber bleib so, wie wir sind“ lauten die Botschaften ihrer Eltern. Und als ob das nicht genug wäre, senden wir Deutschen die gleichen widersprüchlichen Signale aus. So heißt es auf der einen Seite: „Du gehörst nicht zu uns“ und auf der anderen: „Pass dich unserer Gesellschaft an“.

ERHÖHTES FÖRDERSCHULRISIKO

Für Flüchtlingskinder ist der Start in unsere Gesellschaft also nicht leicht. Das gilt auch für Bildung. In den Gymnasien sind sie deutlich unterrepräsentiert und in den Förderschulen überrepräsentiert. Das Risiko, auf eine Förderschule zu kommen, liegt für alle ausländischen Schüler in Deutschland über dem der deutschen Schüler. Für die Gruppe der geflüchteten Kinder und Jugendlichen bestehen aber auch hier wieder deutliche herkunftsabhängige Unterschiede. Während z. B. das Förderschulrisiko für vietnamesische Schüler in den letzten zehn Jahren nur halb so groß war wie das für deutsche, lag es 1995 für syrische Schüler fast dreimal so hoch und für libanesischen Schüler sogar mehr als viermal so hoch.

Förderschulen sind für die meisten Schüler eine Sackgasse.

Nun ließe sich argumentieren, dass diese Kinder und Jugendlichen doch durchaus einen besonderen Förderbedarf hätten. Der aber bezieht sich vor allem auf den Spracherwerb, die schulische und gesellschaftliche Integration sowie die Aufarbeitung der persönlichen Migrationsgeschichte. Bildungsmäßig bedeutet die Förderschule für die meisten Schüler eine Sackgasse. Sie ist die Schulform mit den schlechtesten Bildungsperspektiven. Zwar sind die Lehrpläne der

Förderschulen so ausgerichtet, dass sich theoretisch auch Abschlüsse der allgemeinen Schulen erreichen lassen, faktisch aber erzielen drei von vier Förderschülern (77 Prozent) keinen Schulabschluss.

BUNDESLÄNDER UND REGIONEN BESTIMMEN ÜBER BILDUNGSCHANCEN

Wie hoch das individuelle Risiko für einen Förderschulbesuch bzw. die Chance auf einen Gymnasialbesuch ist, ist in Deutschland nicht nur eine Frage der persönlichen Leistung und Kompetenzen. Auch der Wohnort spielt eine Rolle. Das hat zunächst mit unserem föderalen Bildungssystem zu tun. So gibt es Bundesländer (wie Mecklenburg-Vorpommern), die ihre Förderschulen abbauen und langfristig ganz abschaffen wollen. Andere Bundesländer wiederum haben über die Jahre Alternativen zum Gymnasium entwickelt, wie z. B. die Stadtteilschulen in Hamburg oder die Sekundarschulen in Nordrhein-Westfalen (letztere bieten zwar keine Oberstufe, orientieren sich aber an gymnasialen Standards).




Schon innerhalb eines Bundeslandes zeigen sich große regionale Unterschiede bei den Bildungschancen junger Flüchtlinge.

Eine solch regionale Diversität im Bildungsbereich hat natürlich Konsequenzen für die Flüchtlingskinder. Ihre schulischen Möglichkeiten richten sich nach dem Bundesland, in dem sie unterkommen. Doch nicht nur das: Bildungs- und Migrationsforscher Aladin El-Mafaalani konnte zusammen mit seinem Kollegen Thomas Kemper von der Universität Wuppertal in einer Studie zeigen, dass es in Sachen Bildungserfolg auch signifikante regionale Unterschiede gibt. Diese Unterschiede können schon in einem Bundesland größer sein als im Ländervergleich. Ein Befund, der Aladin El-Mafaalani zunächst selbst überraschte: „Die Schüler eines Bundeslandes lernen im selben Schulsystem, für sie ist dasselbe Schulministerium zuständig und für sie gilt dasselbe Schulgesetz. Mit Blick auf die Lehrerausbildung, die schulische Ausstattung und das geltende Recht dürfte es die bestehenden Unterschiede also gar nicht geben“.

Deutlich wird das z. B. bei den Gymnasialchancen: In einigen Ruhrgebietsstädten wie Essen, Gelsenkirchen, Herne oder Oberhausen haben syrische Kinder und Jugendliche heute die gleichen Chancen auf einen Gymnasialbesuch wie deutsche Schüler (über 40 Prozent). In vielen anderen (insbesondere ländlichen) Kommunen schaffen es hingegen nur weniger als 11 Prozent der syrischen Schüler auf ein Gymnasium. Wissenschaftlichen Erkenntnissen nach lassen sich diese Unterschiede nicht allein auf sozioökonomische oder kulturelle Hintergründe zurückführen. Es muss weitere Faktoren geben, die über den Bildungsweg und Bildungserfolg geflüchteter Kinder und Jugendlicher entscheiden. Diese Faktoren liegen in den Regionen selbst begründet.

STADT ODER LAND?

Wo haben Flüchtlinge die besseren bzw. schlechteren Bildungschancen: in der Stadt oder auf dem Land? So interessant und naheliegend diese Frage auch sein mag, schlüssig beantworten lässt sie sich (noch) nicht. Die aktuelle Datenlage liefert dazu keine allgemeingültigen Zusammenhänge. Allerdings unterscheiden sich Stadt und Land in einem wesentlichen Punkt, der zwangsläufig über die migrantische Bildungsteilhabe entscheidet: Städte sind Städte, weil hier Migration stattgefunden hat. Ländliche Regionen sind ländliche Regionen, weil hier keine Migration stattgefunden hat. Das hat Einfluss darauf, wie an einem Ort mit Migration umgegangen wird und wie Integration funktionieren kann.



**Städte sind Städte, weil hier Migration stattgefunden hat.
Ländliche Regionen sind ländliche Regionen, weil hier keine Migration stattgefunden hat.**

Für Flüchtlinge ergeben sich daraus teils deutliche Unterschiede, was ihre Versorgung, Beschulung und Integration betrifft. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Bildungschancen in einer Kommune. Zu den benachteiligten Regionen gehören in diesem Kontext typischerweise die strukturschwachen ländlichen Räume sowie kleine Städte und Gemeinden. Wo es bisher nur einen Ausländeranteil von 2 bis 3 Prozent gab, fehlen die notwendigen Ressourcen und nachhaltigen Strukturen für eine bedarfsgerechte Integrationsarbeit. Addiert sich zu einer bereits schwierigen kommunalen Finanzlage dann noch die Aufgabe, geflüchtete Kinder und Jugendliche schulisch integrieren zu müssen, kann das die eh schon prekäre Situation an einem Ort dramatisch verstärken.

BILDUNGSCHANCEN STEIGEN MIT AUSLÄNDERANTEIL

Studien zeigen, dass sich schulpflichtige Flüchtlinge nicht etwa dort besser integrieren lassen, wo es bereits viele Flüchtlinge gibt. Das gilt für Stadt und Land. Allerdings wirkt sich der grundsätzliche Ausländeranteil in einer Kommune auf den Bildungserfolg ausländischer Schüler aus: Je mehr Migranten an einem Ort leben, desto größer ist ihre Chance auf einen Gymnasialbesuch und desto geringer ist ihr individuelles Förder- und Hauptschulrisiko. Die Gründe dafür sind naheliegend: Regionen mit einem hohen Ausländeranteil sind erfahrener in Unterstützungs- und Integrationsfragen. Schließlich konnten sie ihre kommunalen und schulischen Strukturen schon länger (und besser) auf die Bedürfnisse bzw. Bedarfe ausländischer Familien ausrichten. In diesen Kommunen gibt es auch weniger Vorurteile und rassistische Tendenzen als an Orten, in denen nur wenige Ausländer leben. Je stärker eine Nationalität schließlich in einer Kommune vertreten ist, um so sichtbarer und bedeutender ist sie für Politik und Zivilgesellschaft. Sie hat in der Regel gut aufgestellte Migrantenselbstorganisationen, wird eher gehört und in Folge auch besser gefördert als Minderheiten anderer Nationen.

GUTE SOZIALSTRUKTUR – SCHLECHT FÜR MIGRANTEN?

Einer der wichtigen regionalen Faktoren in einer Kommune ist die Sozialstruktur ihrer Bürger. Zunächst einmal gibt es einen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen individuellem Bildungserfolg und sozialer Herkunft: Sozial benachteiligte Kinder zeichnen sich weltweit durch schlechtere Bildungschancen aus. Welchen Einfluss aber die kommunale Sozialstruktur auf die Bildungschancen geflüchteter Schüler hat, dazu gibt es – trotz zahlreicher PISA- und IGLU-Studien – keine Erkenntnisse. Das hat (vermeintlich) mit Aspekten des Datenschutzes zu tun.

Dabei ergeben sich für die Bildungswissenschaft gerade hier interessante Fragestellungen und mögliche Zusammenhänge. „Wenn Flüchtlingskinder z. B. in einem bildungsbürgerlich geprägten Ort zur Schule gehen, stehen sie in direkter Konkurrenz zu den Kindern und Jugendlichen aus den Haushalten dort. Ihre Kompetenzen messen sich dann weniger an einheitlichen Standards als an den Kompetenzen ihrer Mitschüler“, sagt Aladin El-Mafaalani. Die schulischen Leistungsanforderungen lägen hier dann höher als in strukturschwachen Regionen, was den Zugang zu höheren Schulformen erschweren oder sogar ganz verhindern könne.

**Obwohl sie nur wenige
Kilometer entfernt wohnen,
unterscheidet sich der Alltag
mancher Flüchtlingsfamilien,
als lebten sie in verschiedenen
Ländern.**

EINFLUSS STRUKTURELLER RAHMENBEDINGUNGEN

Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani ist im Laufe seiner Arbeit auf Flüchtlingsfamilien gestoßen, die zwar den gleichen Migrationshintergrund hatten (weil sie z. B. aus demselben Ort stammten und aus denselben Gründen geflohen waren), deren Alltag in Deutschland sich aber eklatant voneinander unterschied. Obwohl sie nur 40 Kilometer auseinander wohnten, schien es, als lebten sie – auch in Sachen Teilhabe- und Bildungschancen – in verschiedenen Ländern. Das hat allerdings weniger mit dem Bildungssystem zu tun als mit den strukturellen Rahmenbedingungen in den über 11.000 bundesdeutschen Kommunen.

Bei uns gibt es Orte, an denen schon ein Busfahrplan über Bildungsmöglichkeiten und Integrationschancen entscheidet. Wo nur zwei oder drei Mal am Tag ein Bus seine Türen öffnet, schließen sich in der nächsten Kreisstadt für Flüchtlinge automatisch die Bildungspforten. Und das ist nur einer von zahlreichen Aspekten, wenn es um Teilhabe und Bildungserfolg junger Migranten geht. Neben dem öffentlichen Nahverkehr spielen auch andere regionale Infrastrukturbedingungen eine Rolle, so z. B. die Unterbringungs- und Wohnsituation, medizinische und psychologische Versorgung, Hilfe und Beratung durch zivilgesellschaftliche

Initiativen, Verfügbarkeit von Dolmetschern und Sprachlehrern, Qualität und Quantität der Bildungsangebote, Freizeitangebote usw.

Es reicht nicht aus, nur in Bildung zu investieren.

Der Einfluss so vieler regionaler Faktoren auf Bildung hat Konsequenzen für bildungs- und kommunalpolitische Entscheidungen. Es reicht zum Beispiel nicht aus, nur in Bildung zu investieren. „Wenn wir das tun, dann ändern wir auch nur etwas in Bildung“, sagt Aladin El-Mafaalani. „Wir berücksichtigen aber nicht die möglichen Folgen von Bildungsexpansion und besserer Bildung.“ Diese Folgen können nämlich durchaus negativ sein. Der Sozialwissenschaftler berichtet von einem der ärmsten Stadtteile in ganz Nordrhein-Westfalen, in dem große Fördersummen in Bildung investiert wurden. Das viele Geld verbesserte zwar die Bildung, verschlechterte aber die Lebenssituation vor Ort. Ein Widerspruch? „Nur scheinbar“, sagt El-Mafaalani, „Die Menschen mit besserer Bildung und besseren Abschlüssen zogen weg, Wohnraum wurde überproportional frei, die Fluktuation im

Stadtteil nahm zu, die Mieten fielen, was mehr und mehr sozial benachteiligte Menschen anlockte. Schließlich war die Situation so schlecht, dass auch die Lehrer weggingen.“

WAS KOMMUNEN TUN KÖNNEN

Bildung ist keine Insel. Wer Bildung fördern und zu mehr Bildungsgerechtigkeit vor Ort beitragen will, muss Kommune als Ganzes im Blick haben. „Das ist eine Grundvoraussetzung“, sagt El-Mafaalani. „Kommunal- und Bildungsakteure müssen aber auch die richtigen Fragen stellen und mit den richtigen Erwartungen an den Start gehen. Sie müssen sich überlegen, was sie tun und was sie erreichen wollen und woran sie erkennen, ob etwas überhaupt wirksam ist. Nur so können sie zu wirksamen regionalen Strategien bzw. Lösungen kommen.“

Nach Aladin El-Mafaalani liegt eine der größten kommunalen Herausforderungen im Regionalvergleich: Kommunen müssten den Mut haben, sich mit vergleichbaren Kommunen zu messen. Eine Großstadt könne sich zwar einfach mit dem ländlichen Nachbarn oder dem Bundeslanddurchschnitt vergleichen, doch liefere das keine Aussagen über den tatsächlichen Bildungs- bzw. Integrationserfolg vor Ort. Förderlich und relevant sei nur der Vergleich mit einer Kommune, die



Kommunen müssen die richtigen Fragen stellen und mit den richtigen Erwartungen an den Start gehen.

über eine ähnliche Infrastruktur, Wirtschaftsstärke und einen vergleichbaren Ausländeranteil verfügt. Erst dann ließe sich über Erfolge und Defizite sprechen.

Für kommunale Entscheider bedeutet das ehrlich zu sein – ehrlich gegenüber sich selbst und gegenüber den Menschen vor Ort. Wer kommunales Greenwashing betreibt, wird weder die regionale Bildungsteilhabe verbessern noch die individuellen Bildungschancen junger Flüchtlinge. Wer wirklich besser werden will, der sucht sich ähnlich strukturierte Kommunen und tauscht sich mit diesen aus. „Das ist der erste Schritt“, sagt Aladin El-Mafaalani. „Der zweite ist die intensive Kooperation. Hier gilt es Fragen zu stellen, zu messen und zu vergleichen. Und dort, wo es Unterschiede gibt, lässt sich dann nach den Ursachen forschen.“

Was die über 200.000 schulpflichtigen Flüchtlingskinder in Deutschland betrifft, so gibt es bundesweit noch viel Entwicklungsbedarf. Ihre Bildungssituation hat sich in den letzten zehn Jahren zwar grundsätzlich verbessert, spricht: Das Förderschulrisiko für Schüler fast aller Herkunftsländer ist tendenziell gesunken und die Chance auf einen Gymnasialbesuch hat sich für viele Nationalitäten erhöht. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bildungsbeteiligung und Bildungschancen von Ausländern – und hier speziell den Flüchtlingen – immer noch deutlich geringer sind als bei deutschen Schülern.

Kommunen müssen den Mut haben, sich mit vergleichbaren Kommunen zu messen.



LITERATURHINWEISE:

El-Mafaalani, Aladin/ Kemper, Thomas (2017): Bildungsteilhabe geflüchteter Kinder und Jugendlicher im regionalen Vergleich. Quantitative Annäherungen an ein neues Forschungsfeld. In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung, Jg. 1, H. 2, S. 173–217.

El-Mafaalani, Aladin (2017): Sphärendiskrepanz und Erwartungsdilemma. Migrationsspezifische Ambivalenzen sozialer Mobilität. In: Zeitschrift für Pädagogik, Jg. 63, H. 6, S. 708–725.





„KEIN ANDERES LAND HÄTTE ES BESSER GEMACHT“

Was muss passieren, damit Integration gelingt? Und wann gelingt sie eben nicht? Dazu forscht Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani, Professor für Politische Soziologie mit den Arbeitsschwerpunkten Bildungs-, Migrations- und Stadtforschung an der Fachhochschule Münster. Tanja Breukelchen stellte ihm diese und weitere Fragen.

Drei Vorträge in einem kündigt Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani auf der Bühne der Entwicklungskonferenz „Integration von Flüchtlingen in Kommunen“ von Deutschem Städtetag und Wübben Stiftung an. Und dann spricht er – über die Auswirkung von Migration auf Familien und Arten der Migration, über Bildungschancen ausländischer Kinder und die Auswirkung von Investitionen in deren Bildung. Danach stehen die Besucherinnen und Besucher Schlange. Einige sind extra nach Hamburg gereist, um El-Mafaalanis Vortrag zu hören.

Welche Fragen haben Ihnen die Kongress-Teilnehmer gestellt?

Da ging es viel um inhaltliche Dinge. Ich sprach ja im Vortrag darüber, wie die Erwartungen in Migrantenfamilien sind und inwieweit man darauf Einfluss nehmen kann und sollte. Da gab es dann auch Fragen, ob man sich als Träger oder als Kommune überhaupt einmischen soll.

Und?

Das ist eine Frage, die ich eigentlich gar nicht so genau beantworten kann, denn ich habe dazu geforscht, was man alles falsch machen kann und wie oft das passiert. Ich habe gesagt, ich fände es schon einen Fortschritt, wenn die Menschen sensibilisiert dafür sind, dass man sehr genau gucken muss, welche Mitarbeiter den direkten Kontakt zu den Migrantenfamilien haben.

Welche Fragen gab es noch?

Ich hatte ja ein Beispiel genannt, bei dem sich ein Stadtteil durch Bildungsinvestitionen verschlechtert statt verbessert hat. Auch dazu wollten viele mehr wissen.

Klang da viel Verunsicherung mit? Angst, etwas falsch zu machen?

Ja. Es muss den Menschen bewusst sein, dass Investition in Bildung das Wichtigste überhaupt ist, man dadurch aber nicht sofort Probleme löst. Denn man macht die Menschen stärker für die Zukunft. Und man macht auch das Bildungssystem und die ganze Bildungsinfrastruktur fitter für nächste Krisen. Man sollte also unbedingt in Bildung investieren, aber keine zu hohen Erwartungen damit verknüpfen.

Was hat umgekehrt Sie in den Workshops überrascht?

Mich hat vieles überrascht. Das hat wahrscheinlich damit zu tun, dass die Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer zu den engagiertesten Leuten auf diesem Gebiet gehören. Alle, die vorgetragen haben, hatten schon viel umgesetzt, vor allem Kommunikations- und Evaluationsstrukturen geschaffen. Es hat mich sehr beeindruckt, wie konkret gezeigt wurde, wie man bestimmte rechtliche Probleme, von denen man immer hört, die seien nicht zu lösen, durch gute Netzwerke



und gemeinsame Ziele doch lösen kann. Diese Beispiele zeigen, dass die Aussage „das geht nicht“ eigentlich bedeutet: „das haben wir noch nicht gemacht“.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus ganz Deutschland. Aus Städten, aber auch aus Landkreisen. Bleiben Sie bei Ihrer Aussage, dass Integration in Städten besser gelingt als auf dem Land?

Es ist kein Naturgesetz. Es ist eine empirische Beobachtung. Die statistischen Zusammenhänge sind überhaupt nicht so, dass man von Kausalität ausgehen darf, sondern man hat bisher einfach alles so passieren lassen.

Wie meinen Sie das?

Wenn man nicht gegensteuert, Strukturen schafft und Prozesse fördert, dann sind die integrativen Kräfte in Städten tendenziell einfach besser als in Dörfern.

Warum?

Das liegt an vielen Sachen. Die banalste ist, dass Städte überhaupt nur deshalb Städte sind, weil dort Migration stattgefunden hat. Keine Stadt wurde zu einer Stadt, weil die Geburtenzahl dort größer war und man deshalb gewachsen ist. Alle Städte sind erst durch Migration gewachsen. Da gibt es

keine Ausnahme. Und deshalb kommen Städte mit Migration erst einmal besser klar als Dörfer, die ja deshalb Dörfer sind, weil keine Migration stattgefunden hat. Und wenn doch, dann Auswanderung.

Gilt das für Ost und West?

In Ostdeutschland hat es in früherer Vergangenheit auch Migration in den Städten gegeben. Danach gab es nur noch eine Land-Stadt-Migration, also Binnenmigration. Insofern gilt der Befund für die ostdeutschen Städte auch, wenn man ostdeutsche Städte mit ostdeutschen Dörfern vergleicht.

Nun gibt es aber Städte, in denen Integration gar nicht gut funktioniert und Dörfer, in denen alles wunderbar läuft ...

... genau. Deshalb muss man fragen: Was machen manche Dörfer und Landkreise und andere nicht?

Und?

Die Ergebnisse zeigen, dass es erst einmal bessere Rahmenbedingungen in Großstädten gibt, dass aber alles, was dann passiert, beeinflussbar ist. Deswegen habe ich auch nie dafür plädiert, Flüchtlinge nicht in ländlichen Regionen unterzubringen, aber ich habe darauf hingewiesen, dass man diese ländlichen Regionen dann besonders fördern und evaluieren



muss. Dörfer brauchen mehr finanzielle Mittel pro Flüchtling als Großstädte. Dieser Zusammenhang klingt intuitiv komisch, denn alle glauben, da gibt es wenige Migranten, also kann man die wenigen besser integrieren, aber schaut man auf eine Langzeitperspektive, wie sich Migranten auf dem Land entwickeln, sieht das anders aus.

Und wenn dann die Integration gelingt, gehen viele in die Städte.

Auch das. Deswegen muss man Dörfer und ländliche Regionen attraktiver machen, damit die Leute bleiben. Nicht nur die Migranten.

Wenn Sie heute rückblickend an Angela Merkels Satz „Wir schaffen das“ denken, wie sehen Sie die Situation?

Ich fand „Wir schaffen das“ war gar nicht so ein problematischer Satz. Problematischer fand ich den Satz von Angela Merkel kurz danach: Man könne Grenzen nicht schützen. Das sollte man nicht sagen. Das ist ebenso ungünstig wie die Aussagen der Polizei, man könne keine vollständige Sicherheit herstellen.

Aber es stimmt.

Das ist sicherlich richtig, aber vertrauensbildende Maßnahmen sehen anders aus. Wenn man für Sicherheit zuständig ist, sollte man mehr von Sicherheit als über deren Unmöglichkeit sprechen. Genau so wie eine Regierungschefin über den Staat sprechen sollte. Und der hat Grenzen. Und da muss man nicht darüber reden, dass diese Grenzen eigentlich nicht zu schützen sind. Aber wenn man an das „Wir schaffen das“ denkt, steht für mich nach wie vor fest, dass man es schafft – wenn man will.

Was ist falsch gelaufen?

Ich finde, es ist gar nicht so viel komplett falsch gelaufen. Ich würde sogar sagen, kein anderes Land hätte es besser gemacht. Wirklich kein anderes Land auf diesem Planeten. Trotzdem gibt es ein paar Sachen, die man besser machen sollte.

Zum Beispiel?

Zum Beispiel wenn man entscheidet, dass man Flüchtlinge gleichmäßig verteilt, auch in Kommunen, die kleiner sind als 20.000 Einwohner und vorher keine Flüchtlinge aufgenommen haben. Das kann man machen, aber dann sollte man es auch entsprechend begleiten und fördern. Man sollte vorher gucken, wie die Rahmenbedingungen sind. Da hätte man ein bisschen vorausschauender sein können. Begleitender. Das andere Thema, das jetzt überbetont ist, was man aber am Anfang zu wenig betrachtet hat, ist die Stimmung.



Man sollte unbedingt in Bildung investieren, aber keine zu hohen Erwartungen damit verknüpfen.“

Und mit ihr die Ergebnisse der Bundestagswahl?

Ja. Nichts ist wichtiger für Integration als die Stimmung in einem Land. Ist die gut, kann man viel mehr Menschen integrieren als man glaubt. Dass die Stimmung gut ist, hat wiederum mit vielen Dingen zu tun, zum Beispiel damit, dass man Probleme anspricht, nicht nur dann, wenn gerade akut etwas passiert ist.



Nichts ist wichtiger für Integration als die Stimmung in einem Land.“

Stichwort Streitkultur?

Auch. Wir brauchen eine Streitkultur, die wirklich alle Bedürfnisse ernst nimmt, sowohl von Kopftuch tragenden Frauen als auch von Leuten, die mit dem Kopftuch ein Problem haben. Sowohl die Sorgen vieler Menschen vor religiösem Fundamentalismus als auch die Sorgen vieler religiöser Menschen vor Diskriminierung. Und gleichzeitig dürfen wir die sprachlichen Hürden nicht zu hoch hängen.

Sie meinen Aussagen von Bürgern, die nicht gerade politisch korrekt sind?

Ich bin ein Fan von politisch korrektem Sprechen, weil sie eine Form der sprachlichen Präzision ist. Aber wenn man die Teilnahme am Diskurs von der Beherrschung der komplexen Sprache abhängig macht, schließt man ausgerechnet die besorgtesten Menschen aus. Sie kennen eben diese Sprachregelungen nicht, sind vielleicht nicht mit der Zeit gegangen, können gerade aktuelle Begriffe nicht zuordnen oder kennen keine Migranten, die Ihnen sagen, wie verletzend manche Aussagen sind.

Das heißt, sie werden nicht gehört, fühlen sich ausgeschlossen und wählen am Ende die AfD.

Eindeutig. Sie wählen zum Beispiel deshalb Akteure, die sich bewusst an genau diese sinnvollen Sprachregelungen nicht halten. Weltweit sehen wir solche Beispiele. Da geht es nicht immer um Inhalte, sondern viel mehr um den Stil, den Regelbruch. Das kann man auf Stimmung herunterbrechen.

Sie lehren in Münster, wo die AfD das schlechteste Wahlergebnis hatte.

In Münster ist es nicht nur die Verwaltung, sondern die ganze Stadt, die hinter der Entscheidung steht, Menschen aufzunehmen. Ginge es nach den Münsteranern, hätte man sogar noch mehr Flüchtlinge aufgenommen. Und das, wo Münster eine eigentlich sehr konservative Stadt ist. Aber wenn Konservative in ihrem Konservativsein gefestigt sind, also keine Verlustängste haben und selbstbewusst sind, dann ist das etwas ganz anderes als Konservative, die sich in die Ecke gedrängt fühlen ...

... und Verlustängste haben?

Ja. Es gibt nichts Problematischeres als auf einmal über Heimat zu sprechen, weil man das Gefühl hat, man verliert gerade etwas. Dann wird ein Begriff wie Heimat zu einem Lückenfüller für dieses Verlusterlebnis. Dann redet man nämlich nicht über die Heimat, sondern über ein Idealbild von Heimat. Und sobald Menschen in Luftschlössern denken, wird die Stimmung verseucht, weil die Realität solchen idealisierten Luftschlössern nicht gerecht wird. Überall da, wo Leute das Gefühl haben, sie verlieren etwas, hat man ein Problem.

Ihre Familie stammt aus Syrien. Wie hat der Krieg in Syrien Ihre Arbeit als Wissenschaftler beeinflusst?

Meine Eltern sind beide aus Syrien. Und ich bin eines von fünf Geschwistern und das erste in Deutschland geborene Kind. Ich habe mich schon lange vor dem Syrienkrieg für das Thema Flucht interessiert. Vorher waren es bosnische Flüchtlinge, libanesische Flüchtlinge, aus Afrika kommende Flüchtlinge. Flucht ist immer grausam, egal woher und warum. Aber jetzt bin ich nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Betroffener. Im Krieg sind einige Freunde und Verwandte gestorben, einige sind nun in Deutschland, nicht wenige sind noch in Syrien. Diese indirekte Betroffenheit verstellt mir aber nicht den Blick dafür, zu erkennen, dass der Umgang mit den Flüchtlingen in Deutschland ganz deutlich besser ist als vor 10 oder 30 Jahren.

Heute leben Sie mit Ihrer Familie dort, wo Sie als Kind aufgewachsen sind – im Ruhrgebiet.

Ja, und zwar ganz bewusst. Ich liebe das Ruhrgebiet. Egal wo. Zwischen Duisburg und Dortmund geht alles. Ich mag diese Mischung aus international und proletarisch und den selbstironischen Umgang mit der eigenen Situation. „Anderwo ist auch scheiße“ oder „Berlin kann jeder, Duisburg muss man wollen“ sind typische Ausdrucksformen, die ich liebenswert finde.



Überall da, wo Leute das Gefühl haben, sie verlieren etwas, hat man ein Problem.“

IDEEN UND ENGAGEMENT VOR ORT

**Von Bildungschancen bis Vernetzungsmöglichkeiten:
Im Rahmen der Entwicklungskonferenz „Integration von
Flüchtlingen in Kommunen“ sprachen die Teilnehmerinnen
und Teilnehmer über Probleme, Chancen und neue Ideen,
die sich beim Thema Integration ergeben. Ein reger Aus-
tausch, der nicht nur neue Erkenntnisse brachte, sondern
auch neue Kontakte und Netzwerke entstehen ließ.
Hier folgt ein Überblick über die präsentierten Ansätze.**

Freie und Hansestadt Hamburg

SPRACHE, SPRACHE, SPRACHE

Die Lernorte Schule und Beruf eng miteinander verzahnen, betriebliche Erfahrungen reflektieren, berufliche Perspektiven entwickeln, Sprache verbessern – mit dem Projekt „Integration durch berufliche Erfahrung“ (IbE) stellt Hamburg jugendlichen Neuzugewanderten ein dualisiertes Angebot zur Verfügung, das den individualisierten Integrationsprozess fördert. Darüber berichteten Yvonne Benthien (bisherige Projektleiterin Integration durch betriebliche Erfahrung) und Birgit Kruse (Referatsleiterin Übergangsmanagement und berufliche Qualifizierung) vom Hamburger Institut für Berufliche Bildung.

Im Februar 2016 ist das Pilotprojekt „Integration durch betriebliche Erfahrung“ an vier Hamburger Stadtteilschulen angelaufen. In diesem Modell erproben neu zugewanderte Jugendliche ab 15 Jahren aus den Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK), Alphabetisierungsklassen (Basis-Klassen) oder Erstaufnahmeeinrichtungen (EAs) ein dualisiertes Schulkonzept, um praktische und handwerkliche Fähigkeiten zu erlernen und ihre deutschen Sprachkenntnisse zu verbessern.



Das IbE-Projekt baut auf eine verstärkte Praxisorientierung, die eng mit der schulischen Theorie verzahnt ist. Daher befinden sich alle Schülerinnen und Schüler im IbE-Projekt mindestens acht Wochen für zwei Tage pro Schulhalbjahr in einem Blockpraktikum. Während dieser praktischen Phase werden die Jugendlichen jede Woche von ihren Klassenlehrern besucht. Zusätzlich gilt es ein Berichtsheft zu führen. Hierdurch sollen spezielle und wichtige, deutsche Vokabeln des jeweiligen Arbeitsfeldes aufgenommen und erlernt und zudem Arbeitsabläufe und Tätigkeiten festgehalten werden. Im schulischen Unterricht werden diese verschriftlichten Vokabeln und Aktivitäten, wiederum aufgegriffen, in den Unterricht einbezogen und mit den Arbeitsinhalten verknüpft. Die Praktika verschaffen realistische Einblicke in die betriebliche Wirklichkeit und geben Klarheit über eine spätere Berufswahl oder Anschlussentscheidung. Die Jugendlichen erhalten durch ihre Praktikumsphasen wesentliche Informationen über die Betriebe, ebenso über ihre eigenen persönlichen Voraussetzungen für einen Ausbildungsplatz.

Ziel ist es eine Verbindung zwischen dem theoretischen Kenntniserwerb und dem praktischen handwerklichen Tun zu schaffen. Das Langzeitpraktikum stellt dem abstrakten Lernen und dem schulischen Leistungsdruck unmittelbar sinnliche Wahrnehmungen und verantwortungsbewusstes Handeln in Form tätiger Auseinandersetzung gegenüber. Dies motiviert die Schüler und könnte eine Lösung gegen Bildungsverdrossenheit, Schulmüdigkeit und passiven Lebenseinstellungen darstellen. Ebenso werden erste Kontakte zu Betrieben hergestellt und die Jugendlichen können sich über ihre Fähigkeiten beweisen und diese weiter verbessern. Anschließend erhalten sie Rückmeldungen und Bewertungen, die wiederum zum Bewerben auf eine Ausbildung hilfreich sein können. Damit wird den Schülerinnen und Schülern die Chance auf einen positiven Einstieg in eine duale Ausbildung eröffnet. Die Jugendlichen können nun mit erworbenen Kompetenzen überzeugen und erlangen Zugang zu Bereichen für welche ihre Schulnoten nicht ausreichen.

Das IbE-Projekt versucht die Voraussetzung für junge Menschen zu schaffen, um das Lernen für ihr Leben und die Berufswelt zu erleichtern und ermöglicht es in hohem Maße, gerade jene Jugendliche zu unterstützen, die von ihrer Persönlichkeitsstruktur, ihrer sozialen Herkunft und Vorbildung in der Regelschulstruktur mit verbalen Verständnis- und Lernschwierigkeiten zu kämpfen haben.

Den IbE-Schülerinnen und Schülern soll somit Arbeitsintegration und Handlungsbefähigung gelingen, indem Spannungen zwischen beruflicher und sozialer Integration überwunden und Zugang sowie Teilhabe an den Angeboten zur sozialen und beruflichen Entwicklung ermöglicht werden.

Kontakt:
Frank Worczinski

Behörde für Schule und Berufsbildung

Leitung Fachreferat

Berufs- und Studienorientierung

Tel.: 0 40 / 42 86 32 30 8

frank.worzinski@bsb.hamburg.de

Stadt Wolfsburg

ANGEBOTE FÜR JUNGE FRAUEN

Die vielen jungen Menschen, die neu nach Deutschland kommen, unterscheiden sich stark in Alter und Herkunft. Das bedeutet, dass Standardangebote nicht immer weiterhelfen und es differenzierter Angebote bedarf.

In der Stadt Wolfsburg fehlten bei näherer Betrachtung besonders für junge neuzugewanderte Frauen passende Angebote. Daraus ergibt sich die Zielsetzung, gemeinsam mit jungen neuzugewanderten Frauen durch soziale und fachliche Qualifizierung eine Lebens- und Berufsplanung zu entwickeln, die erste Schritte in Ausbildung und Beruf ermöglichen.

Katrin Hunke vom Bildungsbüro der Stadt beschreibt im Workshop, welche konkreten Schritte dazugehören: Vor dem Hintergrund eines bereits existierenden städtisch verankerten Konzepts zum kohärenten Lebenslangen Lernen entstand ein neuer Weg zur Integration speziell junger Frauen in den Arbeitsmarkt. Dieser basiert auf der Annahme, dass die jungen Frauen selbstbestimmt und frei leben wollen. Die Kontaktaufnahme mit ihnen und ihren Familien erfolgt daher direkt, zum Teil auch über Sozialarbeiter. Die Einrichtung geschützter Räume ermöglicht offene und vertrauliche Gespräche. Als Multiplikatoren werden bereits agierende und entsprechend qualifizierte Stadtteilmütter eingebunden, um die Frauen zu begleiten, ihre Fragen zu beantworten und bei Bedarf auch andere Beratungsstellen mit einzubeziehen. Dieser Ansatz soll nachhaltig in die Bildungsstrategie der Stadt Wolfsburg verankert werden.

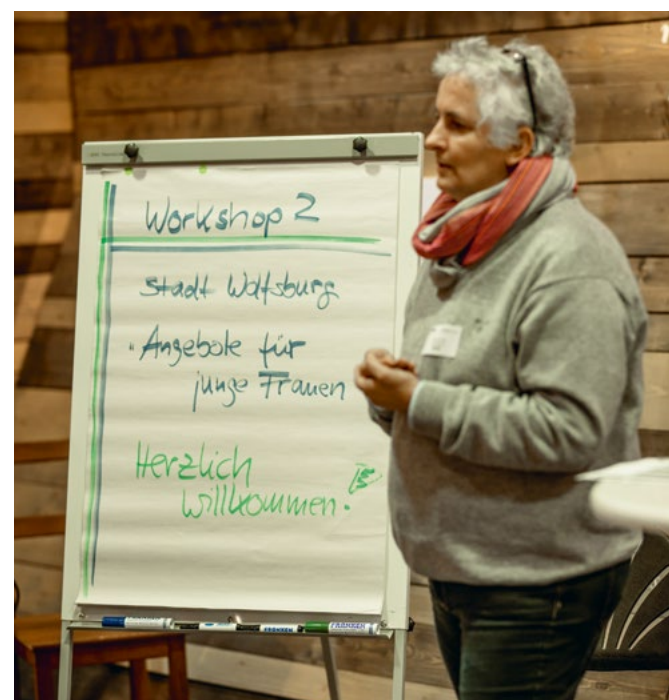
Kontakt:

Katrin Hunke

Bildungsbüro der Stadt Wolfsburg

Tel.: 0 53 61 / 28 10 86

katrin.hunke@stadt.wolfsburg.de





Kontakt:
Stefanie Kaygusuz-Schurmann
 Koordination Asyl
 Tel.: 03 55 / 61 22 40 6
stefanie.kaygusuz-schurmann@cottbus.de

Stadt Cottbus

KEINE ODER GERINGE SCHULBILDUNG – WAS PASSIERT NACH DER BERUFSSCHULPFLICHT?

Spracherwerb, schulische und berufliche Bildung, Arbeitsmarktintegration – das sind für ein gelingendes Zusammenwachsen wichtige Faktoren. Von besonderer Bedeutung sind dabei Maßnahmen für Flüchtlinge ohne oder mit geringer Schulbildung, die nicht mehr der Berufsschulpflicht unterliegen. Hier fehlte es bislang häufig an Lösungsideen. Auch in Cottbus, wo rund 3000 Neuzugewanderte ankamen, ohne dass das Bildungsangebot vor Ort auf den Bedarf vorbereitet war. Vor allem für die über 18-Jährigen gab es keine Angebote. Da Landes- oder Bundesförderung fehlten, war Eigeninitiative gefragt, beschreiben es Stefanie Kaygusuz-Schurmann (Koordination Asyl) und Bernd Weiß (ehemaliger Dezernent Jugend, Kultur, Schule, Sport, Soziales und Umwelt).

Cottbus konzipierte im Rahmen des Förderprogramms *impakt integration* der Wübben Stiftung ein Pilotprojekt, das sich an geflüchtete junge Menschen mit geringer oder keiner Schulbildung richtet, die in Deutschland nicht mehr schulpflichtig sind. Vorbereitend dazu wurden im ersten Schritt mit der Bildung des Team Asyl, der Einrichtung von Förderklassen und der Aktivierung des verwaltungsinernen Netzwerks geeignete Rahmenbedingungen geschaffen, so dass zügig ein neues, am Bedarf der jungen Menschen angepasstes Curriculum entwickelt werden konnte. Im zweiten Schritt beginnt jetzt der Unterricht mit der Alphabetisierung in der Muttersprache und beinhaltet neben Deutschunterricht auch Landeskunde, Kompetenzfeststellung formaler und non-formaler Bildung und Aspekte der Berufsorientierung. Die Vorbildung und der Aufenthaltsstatus spielen dabei übrigens keine Rolle. Ziel ist es, dass die Unterrichtsteilnehmer den Weg an die Schule des zweiten Bildungsweges nehmen können. Inzwischen hat im März 2018 auch ein intensiver Austausch mit der SchlaU-Schule in München stattgefunden.





Kontakt:

Pascal Simoleit

Bildungskordinator

für Neuzugewanderte

Tel.: 05 51 / 52 54 22 5

simoleit@landkreisgoettingen.de

Landkreis Göttingen

INNOVATIVE IDEEN DURCH KOOPERATION

Für eine gelungene Arbeitsmarktintegration ist eine realistische Berufsorientierung von Flüchtlingen von besonderer Bedeutung. Doch damit das gelingt, müssen persönliche Interessen und Vorstellungen von einem Berufsfeld auch mit der realen Arbeitswelt übereinstimmen. Da besteht noch immer Informationsbedarf. Nicht nur bei den Flüchtlingen, auch bei Betrieben und Unternehmen gibt es offene Fragen, Unsicherheiten und falsche Erwartungen. – „Das merkte man auch im Landkreis Göttingen“, erzählt Pascal Simoleit (Bildungskordinator für Neuzugewanderte). Niedrigschwellige Angebote für rund 400 Geflüchtete im Alter von 16-21 Jahren mussten her. Das Projekt Job-Shadowing entstand – ein Hospitationsangebot, das der Landkreis unter Einbindung der berufsbildenden Schulen und der Unternehmen entwickelt, um jungen Neuzugewanderten eine realistische Berufsorientierung zu ermöglichen.

Die Idee: Kurzfristige Hospitationen in Betrieben sollen jungen Neuzugewanderten helfen, Berufsfelder kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen. Mit den Lehrenden der berufsbildenden Schulen bereiten sie die Hospitationen nach und treffen ihre Berufsfeldauswahl. Ein Matching mit den Betrieben soll langfristig über eine digitale Schnittstelle erfolgen, die sich aus einem Pool von Betrieben unterschiedlicher Berufsfelder speist.

Damit alles gelingt, ist eine gründliche, kleinteilige Projektplanung wichtig, von der Auswahl aller Akteure über Versicherungsfragen bis hin zu Mobilitätsaspekten. Mit diesem Ansatz zielt der Landkreis Göttingen nicht nur darauf ab, geflüchteten Jugendlichen bessere Einblicke in die Arbeitswelt zu gewähren. Parallel etablieren sich auch geeignete Strukturen, um einen lückenlosen Übergang von der Schule in den Beruf zu fördern. Im weiteren Verlauf soll das Projekt auf 22 bis 25-jährige Neuzugewanderte in Erwachsenenbildungsmaßnahmen ausgeweitet werden.

Stadt Lüneburg

ANSPRACHE UND EINBINDUNG DER WIRTSCHAFT

Damit Flüchtlinge erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden können, braucht es Unternehmen, die bereit sind, sich dieser Aufgabe zu öffnen. Doch wie gelingt das? Wie schaffen es Kommunen, auf Unternehmen zuzugehen, die Wirtschaft anzusprechen? Darüber berichten Silke Petersen (Fachstelle Sprache und Bildung), Nicole Roland-Braun (Fachstelle Sprache und Bildung) und Carl Sasse (Bereich Asyl und Integration) aus der Hansestadt Lüneburg.

Ihr Weg: Sie binden die Jugendlichen, die sich in einer Ausbildung oder in der Phase der Berufsorientierung befinden, mit ein und fragen sie nach ihren Wünschen, Zielen und Kenntnissen und sprechen zugleich mit den Unternehmen und Bildungseinrichtungen in einer Akteursallianz über deren Erwartungen und Anforderungen. Daraus werden zahlreiche innovative Ideen entwickelt. Und ein Dialog zwischen allen Beteiligten: den Geflüchteten, den eingebundenen Mitarbeitern der Kommune, Unternehmen, Ausbildungsbetrieben, Schulen und Ehrenamt. So werden alle Seiten füreinander sensibilisiert, regelmäßige Schulbesuche von Flüchtlingen gefördert, Ausbildungsabbrüche verringert und der Einstieg in Ausbildungsverhältnisse erleichtert.

Kontakt:**Carl Sasse****Asyl und Integration****Tel.: 04 13 1 / 30 93 38 6****carl.sasse@stadt.lueenburg.de**

Stadt Emden

UND NOCH EIN PROGRAMM

Als Reaktion auf die zahlreichen Flüchtlinge haben Bund und Länder Programme für Kommunen aufgelegt, die aber weder zwischen den Ministerien, noch zwischen Bund und Ländern abgestimmt wurden. Hinzu kamen Angebote von Stiftungen wie das Programm *impakt integration* der Wübben Stiftung. Wie also den Überblick behalten, passende Programme finden und in die städtische Strategie einbetten? Volker Grendel (Fachbereichsleiter Gesundheit und Soziales der Stadt Emden) erzählte am Beispiel von „Bildung leben in Emden“ wie die interne Zusammenarbeit verbessert und Programme sinnvoll genutzt wurden. Auch wenn sich das nicht eins zu eins auf andere Kommunen übertragen lässt, denn Emdens strukturelle Besonderheit ist, dass die Verwaltung nach einem Vorstandsmodell mit Fachbereichsebenen aufgebaut ist, was einen erleichterten Datenaustausch ermöglicht. In der Sozialraumanalyse wurde Emden in 40 Sozialräume aufgeteilt, was einen genauen Blick auf die Strukturen und Bedarfe der Bevölkerung ermöglicht.

Emden nutzte das und suchte aus der Fülle der Förderprogramme gezielt fünf aus, die zu Vorhaben und Bedarfen passen, darunter *impakt integration*. Rückblickend rät Volker Grendel mutig zu sein, auch mal Doppelstrukturen zuzulassen. Zentral für die Bildung und Integration Geflüchteter sei ein lebenslanges Sozialisations- und Bildungsmanagement vor Ort. Von politischer Seite sei es seiner Einschätzung nach notwendig, das Ausbildungssystem so weiterzuentwickeln, dass es zwischen Hilfsarbeit und Facharbeit eine weitere Stufe gibt, in der sich Personen mit sehr guten praktischen und schwächeren schulischen Fähigkeiten vollwertig qualifizieren können.

Kontakt:**Volker Grendel****Fachbereichsleiter Gesundheit
und Soziales****Tel.: 0 49 21 / 87 13 33****grendel@emden.de**

Stadt Garbsen

INTEGRATION ALS STÄDTISCHE GESAMTSTRATEGIE

Viele gute Leute, die zu wenig miteinander reden? Viele gute Ideen, die keinen Weg der Umsetzung finden? Viele Menschen, aber kein gemeinsamer Plan? Zahlreiche Workshop-Besucher nicken, als Yesim Celik (Fachbereichsleiterin für Soziale Dienste) und Barbara Willhauck-Wilken (Abteilungsleiterin Jugend und Integration) diese Fragen aufwerfen. Die Stadt Garbsen stand – wie vielen andere auch – vor der Herausforderung, dass bestehende Strukturen angepasst und Übergänge sowie Schnittstellen im Zuge der vermeintlichen „Flüchtlingskrise“ neu gedacht werden mussten.

In Garbsen fragte man sich: Wie bündelt man das vorhandene Wissen, ergänzt Fehlendes, verteilt Kompetenzen und schafft tragfähige Netzwerke, um sich im Integrationsprozess neu positionieren zu können? Als Antwort darauf ist der Masterplan „Wir leben Integration“ entwickelt worden, für den vorhandene Strukturen sowie die Vielfalt an Maßnahmen überprüft und strukturiert wurden. Die Stadt übernahm die Koordination und machte Integration zur Chefsache – Sozialdezernentin und Bürgermeister waren gleich mit an Bord. Mit Unterstützung einer fachübergreifenden Arbeitsgruppe in der Verwaltung wurden in einer Auftaktveranstaltung 2016 erste Gruppen vernetzt, vorhandene Maßnahmen gesammelt und Schnittstellen sichtbar gemacht. Im Zusammenspiel aus Politik, Vereinen, Kirchen, Organisationen und Ehrenamt wurden im Weiteren die Themenfelder „Ehrenamt, Politik und kommunale Verwaltung“, „Ausbildung, Arbeit und Bildung“ und „Gesundheit, Bildung, Kinder und Jugendliche“ bearbeitet und aus den Ergebnissen wiederum Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Inzwischen hat sich viel bewegt: Der Masterplan ist im März 2018 durch den Rat gegangen und wurde der Öffentlichkeit vorgestellt. Angebote und Maßnahmen sind transparenter, Übergänge werden gestaltet und Projekte, wie „Ausbildungsvorbereitung im Verbund“ mit mehreren Institutionen, sind für das Jahr 2018 geplant. Erste Erfolge zugunsten einer gesamtstädtischen Integrationsstrategie.

Kontakt:

Barbara Willhauck-Wilken

Abteilungsleiterin

Jugend und Integration

Tel.: 0 51 31 / 70 75 71

barbara.willhauck-wilken@garbsen.de





Universitäts- und Hansestadt Greifswald

VERNETZUNG VON ANGEBOTEN UND AKTEUREN

Häufig existiert in den Kommunen vor Ort ein breites Netz an Bildungsangeboten für Flüchtlinge, die jedoch nicht ausreichend vernetzt und aufeinander abgestimmt sind. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat sich auf dem Weg gemacht, eine Integrationskette für den lückenlosen Übergang von der Schule in den Beruf zu etablieren. Nadine Hoffmann berichtet über strategische Prozessschritte und Herausforderungen in der Vernetzung von Angeboten und Akteuren.

In Greifswald gibt es viele Maßnahmen, die jedoch oft nicht ineinandergreifen – Übergänge fehlen, weil es beispielsweise an Transparenz fehlt. Um das zu ändern, wurde im Rahmen von *impakt integration* auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung ein lokaler Bildungsverbund u.a. mit dem Jobcenter, den Schulen und Bildungs- sowie Sozialträgern gegründet, der helfen soll, unabhängig von Strukturen zu denken und die Vernetzung voran zu bringen. Ziel ist der Aufbau einer durchgängigen und transparenten Kette zur Integration jugendlicher Neuzugewanderter in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Dafür werden in den vier Handlungsfeldern „Sprache“, „Soziale Integration“, „Schule/Bildung“ sowie „Übergang Schule/Ausbildung/Arbeitsmarkt“ passgenaue Maßnahmen und Angebote ergänzend zu den bestehenden Regelangeboten entwickelt und umgesetzt. Anhand eines partizipativen Ansatzes werden die jungen Flüchtlinge in die Umsetzung miteingebunden.

Als zentrale Herausforderungen wurden die Beteiligung der Wirtschaft, Sprache und Schulabschlüsse sowie die Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration identifiziert. So fehlen im Bereich der Arbeitsmarktintegration individualisierte kleinteilige Vermittlungsangebote sowie zuverlässige und permanente Ansprechpartner für die Jugendlichen unabhängig vom Rechtskreis.

Kontakt:

Nadine Hoffmann

SB Schulverwaltung /

Sportentwicklungsplanung

Tel.: 0 38 34 / 85 36 45 62

n.hoffmann@greifswald.de

Kompetenzfeststellungsverfahren

POTENZIALORIENTIERTE FÖRDERUNG

Das Instrument der Potenzialanalyse ist ein Kompetenzfeststellungsverfahren, das im Rahmen des Berufsorientierungsprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft bundesweit in allgemeinbildenden Schulen eingesetzt wird. Allerdings: Den Bedürfnissen neu zugewanderter Jugendlicher werden einseitig anforderungsorientierte Verfahren oft nicht gerecht, erklärt Prof. Dr. Petra Lippegau-Grünau (SRH Hochschule Hamm) – und beschreibt, wie in Düsseldorf ein migrationssensibles Angebot der Potenzialanalyse entstand.

In Workshops wurde das Angebot auf migrationssensible Elemente erweitert und angepasst. Man einigte sich auf ein gemeinsames Menschenbild: migrationssensibel, stärkenorientiert und mit nicht ausschließlich Geflüchteten als Zielgruppe. Außerdem passte man die standardisierten Verfahren so an, dass sie den Bedarfen gerecht werden. So vereinfachte man die Sprache und schaffte Transparenz. Zugleich nutzte man den biografischen Ansatz, fragte nach Praxiserfahrung in der Heimat und leitete daraus Kompetenzen ab. Und was kommt danach, wird aus dem Publikum gefragt. Im besten Fall, so betont Prof. Dr. Petra Lippegau-Grünau, gibt es eine Berufseinstiegsbegleitung, die ermöglicht, an der Stelle, an der die Potenzialanalyse aufhört, weiterzuarbeiten. Entsprechend ist eine langfristige Beratung und Begleitung erstrebenswert.

Kontakt:

Prof. Dr. Petra Lippegau-Grünau

SRH Hochschule Hamm

Professorin des Fachbereichs

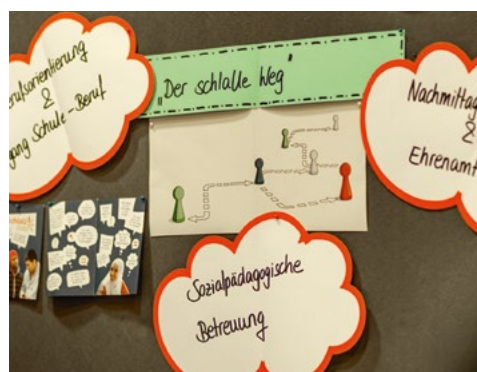
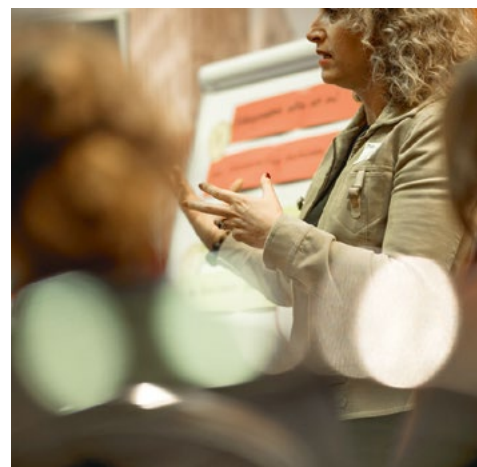
'Sozialwissenschaft'

Professorin für Soziale Arbeit

Tel.: 0 23 81 / 92 91 50 5

petra.lippegau-gruenau@srh.de



**Kontakt:****Estelle Lauvergne**

Leitung SchlaU Übergang Schule-Beruf

Tel.: 089 / 41 11 93 13 3

e.lauvergne@schlau-schule.de

—

Anja Kittlitz

Leitung SchlaU-Werkstatt für Migrationspädagogik gGmbH

Tel.: 089 / 41 11 93 13 9

a.kittlitz@schlau-werkstatt.de

Die SchlaU-Schule**DER SCHLAUE WEG**

Warum gibt es das nur in München und nicht überall in Deutschland? – Diese Frage wurde laut, als Anja Kittlitz (Leiterin der SchlaU-Werkstatt für Migrationspädagogik) und Estelle Lauvergne (Leiterin des SchlaU Übergang Schule-Beruf) von ihrer Arbeit berichteten. Denn bereits seit 17 Jahren werden in der SchlaU-Schule in München unbegleitete minderjährige und junge Flüchtlinge in einem schulanalogen Unterricht – dafür steht „SchlaU“ – erfolgreich zum regulären Mittelschulabschluss und zum Mittleren Schulabschluss geführt. Bis 2011 gab es für über 16-jährige keine allgemeine Berufsschulpflicht. Entsprechend gering waren die Angebote für Neuzugewanderte in Bayern. So entwickelte sich aus anfänglichen Deutschkursen eine Initiative, die neuzugewanderte Jugendliche auf ihren Bedarf abgestimmt unterrichtet, um ihnen einen gleichberechtigten Zugang in das Regelsystem zu ermöglichen: die SchlaU-Schule.

Zunächst handelt es sich damit bei der SchlaU-Schule also um eine landesspezifische und lokalgewachsene Lösung. Die Themen im Unterrichtsmaterial orientieren sich nah am Alltag der Jugendlichen, es gibt ein offenes Klassensystem, klare Regeln und eine enge Zusammenarbeit von Lehrern, Sozialpädagogen, rund 200 Ehrenamtlichen und Netzwerkpartnern vor Ort. Außerdem gibt es ein Nachbetreuungsprogramm (SchlaU Übergang Schule-Beruf), das die Absolventinnen und Absolventen auf ihrem weiteren Bildungsweg und den Weg in den Arbeitsmarkt begleitet. Inzwischen gibt es auch die SchlaU-Werkstatt, die das gesammelte Wissen und Schulmaterial aufarbeitet und einer größeren Öffentlichkeit zugänglich macht. Ein Mehrwert, der bundesweit Anwendung findet.

PORTRÄT: MICHAEL STENGER, GRÜNDER DER SCHLAU-SCHULE 



MIGRATION

IS NOT A CRIME

MIT MUT UND LEIDENSCHAFT

Text: Tanja Breukelchen – Fotos: Axel Martens

Seit Michael Stenger im Jahr 2000 in München die SchlaU-Schule gründete, setzte er Maßstäbe in der Bildung und Integration junger Geflüchteter. Ein Mann, der nicht aufgibt. Einer mit Herz und Humor.

Ein bisschen wirkt er wie ein großer Teddybär. Einer, der gerne andere beschützt. Der Ruhe bewahrt. Mut macht. Und sich leidenschaftlich für eine Sache einsetzt. Das mag an Michael Stengers fast zwei Metern Körpergröße liegen. An seinen halblangen braunen Wuschellocken. Und seiner tiefen Stimme. Gewiss liegt es aber auch an den Worten, die er auf der Bühne der Entwicklungskonferenz von Deutschem Städtetag und Wübben Stiftung an das Publikum richtet. Eine Mischung aus Humor und Hartnäckigkeit, aus Mahnen und Motivieren: „Halten Sie Herzen und Augen offen. Gehen Sie auf Partnersuche. Das ist wie im richtigen Leben. Schauen Sie sich die Menschen an“, sagt er und muntert dazu auf, Netzwerke zu schaffen, sich auszutauschen, keine Hemmschwellen gegenüber Wirtschaft und Verwaltung zu haben und gemeinsam auch einmal unkonventionelle Wege zu gehen.

AN ANDERE GLAUBEN

So wie er es tat, vor nunmehr 17 Jahren. Damals gab der Sprachwissenschaftler noch Deutschkurse für Ausländer. Und da erkannte er, dass es nicht funktioniert, wenn ein 16-jähriger Analphabet aus Afghanistan neben einem 40-jährigen Elektriker aus der Türkei sitzt. Wenn Klassen bunt durcheinander gemischt werden, ohne ein Gefühl dafür, was die Menschen eigentlich brauchen. Wenn Ängste und Sorgen nicht erkannt und gehört werden und deshalb alle Motivation rauben. Oder wenn Gesetze gar nicht erst vorsehen, dass Geflüchtete ohne sicheren Aufenthaltsstatus beschult werden. Deshalb gründete Michael Stenger 2000 in München die SchlaU-Schule. Das Wortspiel steht für „schul-

analoger Unterricht für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“. Die Schule ist inzwischen eine staatlich anerkannte Ergänzungsschule, in der mehr als 300 junge Flüchtlinge analog zum Kernfächerkanon der bayerischen Mittelschulen in bis zu 20 Klassen unterrichtet und zum Schulabschluss geführt werden.

Mittlerweile hat Stenger die Aufgabe des Schulleiters weitergeben. Heute ist er der hauptamtliche Vorstandsvorsitzende des Trägerkreises Junge Flüchtlinge e.V., zu dem auch die SchlaU-Schule gehört. Der Verein verantwortet seit der Schulgründung zahlreiche weitere „schlaUen“ Angebote wie ein Nachbetreuungsprogramm für ehemalige Schülerinnen und Schüler oder die SchlaU-Werkstatt für Migrationspädagogik, welche Lehrmaterialien und Fortbildungen für die Beschulung von Geflüchteten entwickelt und anbietet. Stenger ist unter anderem Träger des Integrations-Bambis und des Bundesverdienstkreuzes. Und er brennt wie am ersten Tag für seine Vision von Bildung und Integration: „Wenn man diese Leidenschaft nicht hat, sollte man nicht im Asylbereich



Halten Sie Herzen und Augen offen.“

tätig sein. Natürlich muss man dafür brennen, etwas Schwieriges machen zu wollen. Ich bin sowohl Pädagoge als auch Menschenrechtler. Und beides zusammen konnte nur in der Gründung von SchlaU enden. Für mich war das von Anfang an klar. Also setze ich mich dafür ein – und zwar mit der nötigen Leidenschaft. Sonst kann ich gleich zu Hause bleiben.“

Die Idee sei schon Jahre vorher in einer politischen Runde im Rathauskeller entstanden, erklärt Stenger: „Anfang der Neunzigerjahre habe ich für ProAsyl den Bayerischen Flüchtlingsrat aufgebaut und bin damals an den ganzen



Fragestellungen eher verzweifelt. Damals dachte ich mir, es kann doch nicht wahr sein, dass ich in einer Stadt wie München auf so viel Ablehnung stoße. Aber dann habe ich mir gesagt, es nützt nichts, wir müssen uns vernetzen. Ich habe mir gezielt Partner aus der Politik und aus der Verwaltung gesucht, von denen ich das Gefühl hatte, sie könnten offene Ohren haben. Das hatten sie. Und wir haben uns hingesezt und gefragt, wie es sein kann, dass Menschen zu diesem oder jenen Recht nicht kommen? Damit das alles auch eine Öffentlichkeit hatte, haben wir die Gruppe ins Rathaus geholt und sie ‚Migrationspolitische Runde‘ genannt. So ist es uns gelungen, Monat für Monat mit Leitern hoher Ämter zu diskutieren. Manchmal war es ein bisschen hart, aber das Ergebnis ist ein großer Erfolg: Wir haben in München eine kommunale Landschaft geschaffen und geprägt, die uns immer wieder ermöglicht, schwierige Fragen zu stellen und ein unglaublich reges Zusammenleben zu etablieren.“ Zu dieser Offenheit will er alle Städte und Kommunen ermuntern. Jeden Einzelnen im Saal will er motivieren diesen Weg zu gehen – selbstbewusst und auf Andere zugehend.

UNTERRICHT NAH AM ALLTAG

In der SchlaU-Schule wird in kleinen Klassen unterrichtet, nah am Lebensalltag der Schülerinnen und Schüler. Im Klassenraum ist es ruhig. Es gibt klare Regeln. Und eine Zahl, die den Erfolg belegt: Mehr als 95 Prozent der SchlaU-Schüler

schaffen ihren Schulabschluss und werden erfolgreich in den deutschen Arbeitsmarkt vermittelt. Wie das geht? Stenger lächelt sein Bärenlächeln wenn er an seine Schülerinnen und Schüler denkt: „Ach, wissen Sie, ich könnte jeden einzelnen knuddeln!“ Aber er sagt ihnen auch klar, was Sache ist: „Wir haben klare Schulregeln und diese in einen Schulvertrag gegossen. Dadurch werden die Schülerinnen und Schüler Vertragspartner und fühlen sich ernst genommen. Bei uns ist man pünktlich. Und bei uns sind Frau und Mann absolut gleich.“ Was klingt wie Strenge, hat ganz viel mit Würde zu tun, erklärt Stenger: „In dem Moment, in dem diese jungen Menschen Zugewandtheit und Interesse an ihrer Lebenssituation erfahren, bauen sie unglaublich viel Motivation auf. Unsere erste Lektion heißt: Kopf hoch!“

Traumatische Erfahrungen, überfüllte Gemeinschaftsunterkünfte, Erinnerungen an Krieg und Flucht sind das eine. Vertrauen, Zuversicht und Verlässlichkeit das andere. Selbst dann, wenn die Situation ausweglos erscheint, wie 2001, dem zweiten Jahr der SchlaU-Schule. Damals sollte der junge Jan aus Afghanistan abgeschoben werden. Michael Stenger versteckte ihn schnell in einem Kloster. Seine Augen blitzen, wenn er sich daran erinnert: „Ich habe parallel Öffentlichkeitsarbeit gemacht und mich sehr mit der Ausländerbehörde angelegt. Das Ende vom Lied war: Er konnte bleiben. Und die Leiterin der Ausländerbehörde und ich haben aus diesem Streit gelernt, in Zukunft früher miteinander zu reden und solche Fälle gemeinsam anzugehen. Als die Leiterin der

Ausländerbehörde 16 Jahre später in den Ruhestand ging, war ich auf ihrer Abschiedsparty eingeladen und habe Jan mitgenommen. Sie fiel vor Freude fast um, wusste seinen Namen noch und erfuhr, dass Jan heute eine Autofirma mit 50 Mitarbeitern besitzt.“

Solche Erfolgsgeschichten seien kein Einzelfall. Immer wieder hört Stenger von Unternehmen, seine ehemaligen Schülerinnen und Schüler seien genau jene Personen, die sich für andere einsetzen, die miteinander reden und Konflikte nicht scheuen. Wie wichtig es ist, zu reden und die jungen Menschen ernst zu nehmen, betont Stenger immer wieder. Auf seine Art. „Sie werden nie gefragt! Weder, wie es ihnen geht. Noch, was sie eigentlich möchten. Alleine durch diese Fragen aber stellt sich ein solches Vertrauen ein, das wird ständig unterschätzt. Man muss die Partizipation der Jugendlichen allerdings auch wollen. Sie brauchen Verlässlichkeit und Ganzheitlichkeit. Eine Bildungskette in einem Guss. Gleiche Ansprechpartner, keine Brüche, immer Kontinuität und Vertrauen.“

CHANCEN ERÖFFNEN

Gerade junge Frauen blühen in den Klassen der SchlaU-Schule auf, erzählt Stenger. Und beginnt von Lina zu erzählen. Die junge Frau aus Afghanistan hatte ihren Vater verloren, er war von den Taliban ermordet worden. „Sie trauerte um ihn. Als sie mit 17 Jahren nach Deutschland kam, sprach sie kein Wort Deutsch. Und immer wieder verfiel sie in diese tiefe Trauer, war unglaublich verletztlich, hatte Brüder, die ihr ständig Vorschriften machten. Und doch hat sie es geschafft: Sie absolvierte innerhalb von zwei Jahren und elf Monaten die SchlaU-Schule, machte das G8-Abitur und studiert heute Physik und Mathematik auf Lehramt.“ Stolz lächeln. Ein Hauch von Rührung. Und ganz viel Kraft, die er gerne weitergibt. „Wissen Sie, wenn ein junger Mensch die ganze Zeit immer nur im dunklen Tunnel ist und dann einer kommt, der ihm sagt: ‚Schau mal, da hinten ist ein Licht – der Weg dorthin ist zwar steinig, aber wir gehen ihn zusammen‘, dann entwickelt er solch eine unglaubliche Motivation. Die müssen wir fördern und nutzen.“

Ein Privatleben – hat das ein Michael Stenger überhaupt? Jetzt lacht er. „Tja, das war viele Jahre lang tatsächlich nicht einfach. Aber ich habe es jetzt geschafft, dass ich Nachfolger auf verschiedenen Pöstchen hab. Ich nehme mir meine Freizeit, auch das ist eine Sache, die ich gelernt habe.“



In dem Moment, in dem diese jungen Menschen Zugewandtheit und Interesse an ihrer Lebenssituation erfahren, bauen sie unglaublich viel Motivation auf. Unsere erste Lektion heißt: Kopf hoch!“

IMPRESSUM

Herausgeber

Wübben Stiftung gGmbH
Speditionstraße 13
40221 Düsseldorf
0211/93 37 08 00
info@wuebben-stiftung.de
www.wuebben-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Markus Warnke, Geschäftsführer, Wübben Stiftung

Chefredaktion

Ina Lauterbach, Leiterin Kommunikation, Wübben Stiftung

Autoren

Dr. Thomas Orthmann, Annuntio Hamburg
Tanja Breukelchen, freie Journalistin Hamburg

Fotografien

Axel Martens, Hamburg
Bente Leipoldt, Gelsenkirchen
Polat Alp / fotolia.de
AllzweckJack / photocase.de
andreasgregor / photocase.de
cydonna / photocase.de
time. / photocase.de
zettberlin / photocase.de
shoricelu / istockphoto.de

Gestaltung

fountain, Düsseldorf
www.fountainstudio.de

Druck

Das Druckhaus Beineke Dickmanns GmbH, Korschenbroich

Lizenz

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-SA 4.0 international lizenziert
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>).



Zitierweise: Wübben Stiftung (2018): impaktmagazin. Integration von Flüchtlingen in Kommunen. Düsseldorf.

ÜBER DIE WÜBBEN STIFTUNG

Die gemeinnützige Wübben Stiftung fördert benachteiligte Kinder und Jugendliche, denen es aufgrund ihrer Herkunft besonders schwerfällt, den zahlreichen Herausforderungen der Schule und im Alltag zu begegnen. Dazu unterstützt die Stiftung Akteure des Bildungssystems bei der Entwicklung, Verbreitung und Verbesserung wirksamer Angebote durch Fördermittel, Beratung und Vernetzung.

Die Stiftung knüpft damit an die lange Tradition und die Bedeutung von Bildung und Kultur in Deutschland an und will einen Beitrag dazu leisten, dass das Land im globalen Wettstreit und im demografischen Wandel bestehen kann.

